

Der Anstoß

Von Genossen Manfred Jochim, Parteigruppenorganisator im Bereich Füge- und Werkzeugmaschinen der Sektion Fertigungstechnik und Werkzeugmaschinen



Praktikum in der Hochspannungshalle der Sektion Elektrotechnik.

Foto: Schöffler FBS

Mitunter bedarf es eines äußeren Anstoßes, um wieder einmal über Qualität und Wirksamkeit der eigenen politischen Arbeit nachzudenken. So gesehen waren der Beschluß des ZK der SED und die Konferenz zur Bedeutung von Agitation und Propaganda beim Aufbau des entwickelten Sozialismus für uns Genossen der Parteigruppe Füge- und Werkzeugmaschinen Anlaß, Bilanz zu ziehen.

Gewiß hatten wir in der Vergangenheit die Hände nicht in den Schoß gelegt; ich denke da an die regelmäßige und inhaltlich fundierte politische Anleitung des Teilbereichskollektivs durch den staatlichen Leiter, Genossen Professor Blume, an die Beratungen des Parteigruppenorganisators mit dem staatlichen Leiter und dem Gewerkschaftsvertrauensmann zu politischen und fachlichen Fragen, an die bewährte kurzfristige Auswertung aktueller politischer Ereignisse im Rahmen der Arbeitsgruppen oder an die führende Rolle der Genossen in den Gewerkschaftsversammlungen.

Es gelang uns auch, den Solidaritätsgedanken fest in unserem Kollektiv zu

verwurzeln. Alle Mitglieder unseres Kollektivs spenden monatlich mindestens einen Betrag in Höhe von 50 Prozent des Gewerkschaftsbeitrages. Zwei Sonderspendenaktionen aus Protest gegen die Verminderung der Häfen und gegen die Wiederaufnahme der barbarischen Bombenangriffe der USA auf die Demokratische Republik Vietnam brachten darüber hinaus eine Summe von 166 Mark bzw. 80 Mark.

Sicher ist diese Kette unserer Aktivitäten unvollständig. Trotzdem – zu dieser Auffassung sind wir gelangt – müssen wir an uns Genossen in Zukunft noch höhere Maßstäbe anlegen, um den wachsenden Anforderungen an die politische-ideologische Arbeit auch an unserer Universität gerecht zu werden. Wir sehen unsere Aufgabe vor allem darin, das geschlossene und abgestimmte Handeln unserer Parteigruppe zu verbessern und das politische Gespräch mit unseren parteilosen Kolleginnen und Kollegen kontinuierlicher zu führen. Davon ausgehend haben wir damit begonnen, außerhalb der monatlichen Versammlungen kurzfristige Beratungen der Parteigruppe, gegebenenfalls unter Nutzung der Arbeitspausen, zu einem ausgewählten politischen oder fachlichen Problem mit

dem Ziel durchzuführen, die Genossen zu einem einheitlichen Handeln zu befähigen.

Wir werden auch den mit der politisch-ideologischen und fachlichen Einschätzung der Hochschullehrer und jetzt der Oberassistenten eingeschlagenen Weg auf sachlicher und kritischer Basis bei den wissenschaftlichen Assistenten fortsetzen. Es gelingt uns dadurch, alle wissenschaftlichen Kader neben der Würdigung ihrer Verdienste auch auf ihre Fehler und Schwächen aufmerksam zu machen und sie zu Schlußfolgerungen zu veranlassen. Die Parteigruppe hat sich durch das sehr kritische Herangehen an diese Probleme die Achtung aller Angehörigen des Teilbereichs erworben. Wie schon angedeutet, wird das politische Gespräch mit unseren parteilosen Kollegen in Zukunft noch mehr als bisher im Mittelpunkt unserer Arbeit stehen.

Wir müssen hohe Anforderungen an das politische Wirken unserer Mitarbeiter bei der Erziehung unserer Studenten zu sozialistischen Absolventen stellen, sie aber auch befähigen, durch weitere Vertiefung der politischen Grundüberzeugungen diese Aufgabe erfolgreich zu lösen.

Von einigen Studenten wurde in Aussprachen die Frage gestellt: „Wer hat sich denn nun bei der Abfassung des Vertrages über die Grundlagen der Beziehungen der DDR und der BRD durchgesetzt, die DDR oder die BRD?“ Im Dezember 1972 wurde der Vertrag über die Grundlagen der Beziehungen zwischen der DDR und der BRD in der Hauptstadt der DDR, Berlin, von Beauftragten beider Staaten unterzeichnet. Obwohl die Ratifizierung dieses Vertrages noch aussteht, läßt sich jetzt bereits feststellen, daß

barungen zu zeigen. Auch die Regierung der BRD legte hinsichtlich der Entwicklung ihrer Beziehungen zu sozialistischen Ländern Realismus an den Tag. Dieser jetzt vorliegende völkerrechtsgültige Vertrag ist das Ergebnis der auf Frieden und europäische Sicherheit gerichteten kontinuierlichen Außenpolitik der Sowjetunion und der anderen Länder der sozialistischen Gemeinschaft. Nichts hatten die herrschenden Kräfte der BRD in der Vergangenheit

riert und angegriffen wurde, ist immer mehr zu einer realen Kraft der internationalen Entwicklung auch in den Beziehungen zwischen der sozialistischen DDR und der imperialistischen BRD geworden.

Kernstück des unterzeichneten Vertrages ist der Artikel 2. In ihm ist die Verpflichtung der beiden vertragsschließenden Seiten enthalten, sich von den Zielen und Prinzipien der UNO-Charta leiten zu lassen. Die UNO-Charta stellt anerkanntes Völkerrecht dar. Mit der Anerkennung dieser Grundsätze mußte sich die BRD verpflichten, die souveräne Gleichheit der DDR zu achten. Sie mußte zugestehen – wie im Artikel 3 formuliert – Streitfragen ausschließlich friedlich zu regeln, auf die Anwendung oder Androhung von Gewalt zu verzichten. Sie mußte – wie in der Präambel ausdrücklich erklärt – die Unverletzlichkeit der Grenzen, die Souveränität aller Staaten in Europa in ihren gegenwärtigen Grenzen als grundlegende Bedingungen für den Frieden akzeptieren.

In allen wesentlichen Fragen hat sich die von der DDR betriebene Politik und eingenommene Haltung zu den politischen Grundfragen unserer Zeit durchgesetzt. Der Gewinn für die souveräne und internationale Position unserer Republik liegt klar auf der Hand. Jetzt geht es noch darum, diesen Vertrag zu ratifizieren. Je schneller dies geschieht, desto besser ist es für alle Beteiligten. Wenn auf der Grundlage dieses Vertrages die Normalisierung im Sinne der friedlichen Koexistenz zwischen der DDR und BRD fortschreitet, können diese beiden Staaten trotz ihrer unüberbrückbaren gesellschaftspolitischen Gegensätze zu guter Nachbarschaft gelangen.

Dr. Horst Kapson

DIE ANTWORT

mit dieser Unterzeichnung eine sehr wichtige Etappe beendet wurde, die durch eine Konsolidierung der Lage in Europa und einen echten Entspannungsprozess gekennzeichnet ist. Der Grundlagenvertrag regelt die Beziehungen zwischen der sozialistischen DDR und der imperialistischen BRD. Er ist ein völkerrechtliches Dokument zweier selbständiger, souveräner, voneinander unabhängiger Staaten. Die zunehmende Kraft der Sowjetunion und der ganzen sozialistischen Staatengemeinschaft hat die Lage verändert. Diese Tatsache drängt verschiedene bürgerliche Regierungen, den Realitäten Rechnung zu tragen, aussichtslose Ziele zurückzustellen und Bereitschaft zu vernünftigen Verein-

versucht gelassen, um die DDR international zu isolieren. Ihre Politik war darauf gerichtet, die Ergebnisse des zweiten Weltkrieges rückgängig zu machen und die Herrschaft des deutschen Monopolkapitals in den Grenzen von 1937 wiederherzustellen. Der Grundlagenvertrag hält jedoch verbindlich fest, daß die Ergebnisse des zweiten Weltkrieges und die Nachkriegsentwicklung völkerrechtlich verankert wurden. Durchgesetzt hat sich damit eine Politik, die stets und ständig von den Realitäten ausging. Die Politik der friedlichen Koexistenz zwischen Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnungen, die noch vor wenigen Jahren von den Herrschenden in den imperialistischen Ländern igno-

Von Nguyen le Ninh und Vo Nghia, Aspiranten im Bereich Verbrennungsmotoren und Kraftfahrzeugwesen

Mit dem Wunsch für Frieden

Fast drei Jahre arbeiten wir als Aspiranten im Bereich Verbrennungsmotoren und Kraftfahrzeugwesen (BVK) der Sektion Kraftfahrzeug-, Land- und Forsttechnik, Herr Professor Jante und die Kolleginnen und Kollegen des BVK unterstützen uns sehr bei unserer fachlichen Arbeit und auch im persönlichen Leben. Dazu gehört nicht nur das freundschaftliche Verhältnis am

Solidarität hinterlassen. Darüber möchten wir etwas näher berichten. An diesem Tage feierten wir mit allen Angehörigen des Bereiches das 25jährige Dienstjubiläum unseres Lehrers Herrn Professor Jante. In seiner Festansprache würdigte Herr Dozent Dr. Hoche die Verdienste des Jubilars und des Kollektivs des BVK und erwähnte auch, daß bereits drei vietnamesische Stu-

„Mit dem Wunsch für baldigen Frieden“. Mit Worten können wir nicht ausdrücken, was wir denken und fühlen. Wir können an dieser Stelle unserem Lehrer und unseren Kolleginnen und Kollegen nur herzlich dafür danken. Wir wissen, daß sie wie alle DDR-Bürger immer unseren gerechten Kampf unterstützen.



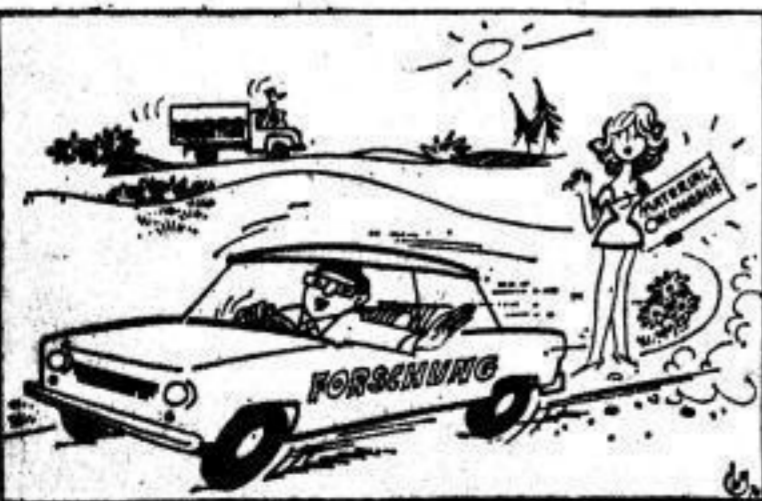
Professor Alfred Jante im Gespräch mit seinen Schülern, den Autoren dieses Beitrages. Foto: Schöffler FBS

Liebe Neuerer und Erfinder!

Unsere Beauftragten für die Neuerungsbewegung und für das Patentwesen an den Sektionen und Fachdirektoraten stehen Ihnen weiterhin mit Rat und Tat bei der Verwirklichung Ihrer Ideen, Anregungen, Neuerungsvorschläge, vor allem aber bei planmäßigen Neuerungsbewertungen und Erfindungen zur Seite.

Wenn Sie sich mit uns beraten wollen, bitten wir, sich wegen Neuerungswesen telefonisch über HA 44 53 beim Leiter des BIN-TUD, George-Bähr-Straße 1b, Gebäude 27 (Hausverwaltung) Ostseite, II. Stock, Zimmer 1 bis 4, Dr. Ziemer, oder HA 22 19 beim Dipl. rer. pol. Natuschke, Weißbachstraße 7 (Direktion für Forschung), Parterre, anzumelden.

Wir kommen Ihren Wünschen schnellstens nach. Für Erfindungs- und Patentfragen stehen Ihnen telefonisch über HA 25 82 der Leiter der Schutzrechtspolitik Dipl.-Ing. Wille, oder HA 25 79 Patentingenieur Röhner, zur Verfügung. Prof. Dr. phil. Felke, Direktor für Forschung



„Wenden Sie sich an die nachfolgenden Kollegen von der Produktion.“ Aus: „Tribüne“.

Henry Berg
 Herausgeber: SBZ-Kreisleitung der Technischen Universität Dresden, Redaktion: 807 Dresden, Heimbühlstraße 4, Telefon: Einwahl 683, HF 51 51 und 25 55. Verantwortlicher Redakteur: Journ. Alfred Ebock. Redaktionsleiter: Jürgen Hübner. Sekretär: Brigitta Wondra. Sektionskommissar: Dr. Walter Schmidt, Erich Hasewander, Walter Malbrich, Horst Schöffler, Walter Worschick, Ernst Ludwig Riede, Foto, soweit nicht anders vermerkt: TU-Bildstelle. Veröffentlichung unter Lizenz-Nr. 53 beim Rat des Bezirkes Dresden. Satz und Druck: III/288 Grafischer Großbetrieb Völkerverfreundschaft, Dresden, Betriebsleit. Julian-Ortmann-Allee.

Arbeitsplatz. Oft verbringen wir schöne Stunden im Kreise der Familien unserer Kollegen, und stets werden wir in das Leben im Bereich einbezogen, zum Beispiel bei gemeinsam besuchten Kulturveranstaltungen, Ausfahrten usw. Für uns ist es aber besonders wichtig und gut zu wissen, daß das nicht nur Höflichkeitsgesten sind, sondern der Solidaritätsgedanke mit unserem und seine Freiheit kämpfenden Volk stets sichtbar ist. Dafür gibt es viele Beispiele. So spenden Arbeiter aus der Werkstatt und wissenschaftliche Mitarbeiter neben den monatlichen Solidaritätsbeiträgen regelmäßig Blut für Vietnam. Ein Monteur richtete an unsere Botschaft den Antrag, ein vietnamesisches Kind in seine Familie aufnehmen zu dürfen. Der 12. Januar 1973 hat in unserem Herzen eine tiefe, unvergängliche Spur der brüderlichen Freundschaft und

dem das Studium erfolgreich abgeschlossen haben. Ausgehend von der Zerstörung des damaligen Institutes im zweiten Weltkrieg wurde in wechselnd besinnlicher und heiterer Art die Entwicklungsgeschichte der letzten 25 Jahre vorgelesen. Die Verantwortlichen für das kleine Kulturprogramm des Bereiches hatten einen „Ersttagsbrief“ vorbereitet, der als Andenken an diese frohe Jubiläumsfeier gedacht war. Der Vorschlag, den Erlös aus dem Verkauf dieser „Ersttagsbriefe“ als Solidaritätsbeitrag zu spenden, fand begeisterte Zustimmung. Wenige Minuten später wurde uns ein Betrag von 100 Mark überreicht mit der Bitte, diese Spende an unsere Botschaft weiterzuleiten. Im Saal herrschte tiefe Stille. Auf dem Umschlag mit der Spende hatte Professor Jante die Gedanken aller zum Ausdruck gebracht, als er schrieb:

Berichtigung

In der „UZ“ Nr. 1/73 muß es im Beitrag „400 000 Mark für Vietnam“ auf der sechsten Zeile richtig heißen: „zwelveinviertel Millionen Mark.“ In der Meldung „Wettkampf eröffnet“, ebenfalls erste Seite, heißt es richtig: „Ansprache“. Wir bitten, diese Fehler zu entschuldigen. Red.